

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche stand unter dem Schatten der Beschlüsse der Regierungskoalition am vergangenen Sonntag. Diese Entscheidungen nutzen nur wenigen, schaden aber sehr vielen Menschen.

Der Beschluss zu den **so genannten Steuersenkungen** ist ein Geschenk für die dahinsiechende FDP. Die Entlastungen sollen angeblich kleinen und mittleren Einkommen zugutekommen. Tatsache ist aber: Sie haben lächerlich geringe Wirkungen für Menschen, die ein wirklich geringes Einkommen haben. Ein Geringverdiener wird im Jahr 2013 voraussichtlich 1,40 Euro im Monat weniger an Steuern zahlen. Die dicksten Entlastungen sind dagegen bei den Spitzenverdienern. Diese „Entlastung“ wird kaum einer im eigenen Geldbeutel wirklich wahrnehmen. Für Bund und Länder bedeutet dies jedoch zuerst zwei Milliarden und dann insgesamt acht Milliarden jährlich an Mindereinnahmen. Das sind Steuersenkungen auf Pump, denn die Staatsverschuldung bleibt unverändert hoch. Während die Bundeskanzlerin von Montag bis Samstag beschwört, Europa müsse in der Schuldenkrise konsolidieren, beschließt sie am Sonntag, Geld zu verteilen, das der Finanzminister gar nicht hat.

Der zweite Beschluss des Wochenendes, das so genannte „**Betreuungsgeld**“, besser gesagt die Bildung-Fernhalteprämie, ist ein Geschenk für die CSU. Rund zwei Milliarden Euro sollen verschwendet werden, um eine Prämie dafür zu zahlen, dass Kinder nicht in den Kindergarten gehen. Das ist ein verheerender Schlag für die Bildung, denn wir alle wissen, wie wichtig die frühe Sprachförderung besonders für Kinder aus sozial benachteiligten Familien ist.



Berlin-Brief, Ausgabe 106
11. November 2011

Meine Termine

Kreisparteitag des SPD-Kreisverbands Heilbronn-Land

15.11.2011, 19 Uhr, Eppingen, Stadthalle, Berliner Ring

Podiumsdiskussion der Katholischen Erwachsenenbildung: Werte in Gesellschaft und Politik

17.11.2011, 15 Uhr, Heilbronn, Heinrich-Fries-Haus, Bahnhofstraße 13

Diskussion des DGB Heilbronn-Franken: Sichere Beschäftigung - gerechter Lohn

18.11.2011, 19 Uhr, Heilbronn, DGB-Haus, Gartenstraße 64

„Als wär's ein Teil von mir“: Diskussion zum Thema Organspende mit Hilde Mattheis MdB

25.11.2011, 19 Uhr, Neckarsulm-Obereisesheim, Festhalle, Rosenstr. 11

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Der dritte Beschluss des Wochenendes war das „**Pflegereformchen**“. Zum 1. Januar 2013 soll der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte angehoben werden. Zudem soll es eine „Demographiekomponente“ geben sowie eine private Pflege-Zusatzvorsorge analog zur Riester-Rente. Für die betroffenen Menschen wird hingegen zu wenig getan, insbesondere für die Demenzkranken. Die Pflege soll kapitalisiert werden, anstatt sich am Bedarf zu orientieren. Wir stehen für eine solidarische Finanzierung der Pflege statt privater Vorsorge jedes einzelnen – die sich ein Geringverdiener im Zweifel gar nicht leisten kann.

Die gesamte Hauptstadtresse war sich am Montag einig: Union und FDP haben einen höchst unseriösen politischen Kuhhandel betrieben. Es sollte der Anschein erweckt werden, die Regierung sei handlungsfähig. Die Querulanten FDP und CSU sollten von der CDU ruhig gestellt werden mit vermeintlichen Reformen, die unerheblich bis widersinnig sind. Die Frankfurter Rundschau schrieb, die Regierung unterscheide damit nicht zwischen Eigenwohl und Gemeinwohl. Das kann ich nur unterstreichen – es ging um Rettungspakete für die betroffenen Parteien, nicht um das Gemeinwohl unseres Landes. Wir werden im Bundesrat daher alles tun, um diese Pläne zu verhindern.

Eine weitere Debatte prägte diese Woche: **Die Union beschäftigt sich mit dem Mindestlohn unter dem neuen Namen Lohnuntergrenze**. Noch ist völlig unklar, was am Ende dabei rauskommt, es ist unsicher, welcher Richtwert für die allgemeine Lohnuntergrenze gelten soll, für welche Bereiche er gilt und was mit Tarifverträgen passiert, die bisher unter dieser Grenze liegen. Ich freue mich, dass Bewegung in die Debatte gekommen ist. Auch die Union hat endlich gemerkt, dass die Arbeitnehmer in unserem Land massiv von Niedriglöhnen bedroht sind. Aber klar ist: Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen, der wenigstens das Minimum an Einkommen bringt, das die Bedürftigkeit vermeidet. Wir schlagen daher gemeinsam mit den Gewerkschaften den Startwert von 8,50 Euro vor. Im Bundestag hätten wir mit der CDU – auch ohne die FDP – eine Mehrheit für den Mindestlohn. Aber die CDU betreibt ein politisches Täuschungsmanöver, denn außer auf der Diskussion auf dem Parteitag soll nichts geschehen. Das, was die Union jetzt beschließt, hätte sie vor ein paar Jahren übrigens problemlos haben können: In der großen Koalition hatten wir Sozialdemokraten immer den Kompromiss gesucht, um einen Mindestlohn zu schaffen. Ohne Erfolg. Ich befürchte, dass die Union so weitermacht – zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

Mit freundlichen Grüßen

